

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/01/2014

über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 11.02.2014,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9

Beginn der Sitzung : 19:37 Uhr
Ende der Sitzung : 21:20 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Doris Brandt

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Detlef Levenhagen
Herr Bela Randschau
Herr Michael Stukenberg

Bürgerliche Mitglieder

Herr Uwe Gaumann
Frau Nina Holers
Herr Claus Rowetter
Frau Gabriela Schwintzer

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Anna Braun

Kinder- und Jugendbeirat,
bis 21:20 Uhr

Sonstige, Gäste

Frau Dorothea Schmidt
Frau Katrin Taylor Voss

Netzwerk
Netzwerk

Verwaltung

Herr Thomas Reich
Herr Frank Ropers
Herr Michael Cyrkel
Frau Ulrike Brühl
Frau Jane Jobst

bis 21:20 Uhr
bis 21:20 Uhr

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Roland Wilde

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2013 vom 10.12.2013
5. Kindertagesstätte Am Hagen **2013/155**
- Änderung der Öffnungszeiten ab Sommer 2014 -
6. Kündigung der Mietverträge Reeshoop 55 b (rotes Holzhaus) mit der Deutschen-Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) und dem TÜV-Nord zwecks Nutzung der Wohnung zur Unterbringung von Asylbewerbern **2013/126**
7. Tätigkeitsbericht 2013 des NetzWERK's Migration & Integration **2014/010**
8. Kenntnisnahmen
- 8.1 Landes- und Kreismittel 2013
- 8.2 Sachstand Kita Erlenhof
- 8.3 Bedarf für Betreuung an weiterführenden Schulen
- Elternumfrage
9. Verschiedenes
- 9.1 Nutzung der weißen Häuser im Reeshoop
- 9.2 Anzahl der Sozialwohnungen in Ahrensburg
- 9.3 Situation der Krippenplatzanzahl
Akzeptanz der Bürger
- 9.4 Übermäßige Salzstreuung Grundschule Am Reesenbüttel
- 9.5 Nächster Sitzungstermin

1. Festsetzung der Tagesordnung

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte 10, 11, 12 und 13 im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Abstimmung: **Alle dafür**

Zum Tagesordnungspunkt 7 wäre es von großem Wert, wenn die Ausschussmitglieder Frau Dorothea Schmidt und Frau Katrin Taylor Voss (Sprecherinnen des NetzWERK Migration & Integration in Ahrensburg) als sachkundige Bürgerinnen anhören würden.

Abstimmung: **Alle dafür**

Über die Tagesordnung wird anschließend abgestimmt.

Abstimmung: **Alle dafür**

2. Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin meldet sich zum Thema „Kündigung der Mietverträge im Reeshoop 55 b mit der Deutschen-Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG)“ zu Wort und trägt den als **Anlage** beiliegenden Beitrag vor.

Anschließend schildert eine betroffene Bürgerin die Notwendigkeit, in der Kindertagesstätte Am Hagen zur Erweiterung der Öffnungszeiten in der bestehenden Gruppe von 14:00 Uhr auf 16:00 Uhr vorzunehmen. Fest steht, dass 11 Familien schon zum jetzigen Zeitpunkt den Bedarf/Notwendigkeit für eine Ganztagsbetreuung nachweisen können, aber im Sommer 2014 nur 4 Plätze frei werden. Wie in der Beschlussvorlage Nr. 2013/155 dargestellt wird, wäre diese für die Eltern erforderliche Veränderung der Öffnungszeit ohne nachteilige finanzielle Veränderung der Stadt Ahrensburg zu realisieren. Die Bürgerin erhofft sich eine Projektzustimmung seitens der Ausschussmitglieder.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses ist gegeben.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2013 vom 10.12.2013

Es werden keine Einwände erhoben.

**5. Kindertagesstätte Am Hagen
- Änderung der Öffnungszeit ab Sommer 2014 -**

Die Verwaltung stellt die Beschlussvorlage 2013/155 vor und schildert in diesem Rahmen die momentane Situation:

Es gibt in der Kita am Hagen, zurzeit 2 Dreiviertel-Gruppen, davon eine „bilingual“ und eine Ganztagsgruppe.

Wie die Bürgerin in der Einwohnerfragestunde schon untermauert hat, belegt eine Umfrage der Elterninitiative die Notwendigkeit, eine Gruppe bezüglich der Öffnungszeiten bis 16:00 Uhr zu erweitern. Der Kindertagesstättenbeirat hat in seiner Sitzung am 16.01.2014 den Antrag einstimmig befürwortet.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

6. Kündigung der Mietverträge Reeshoop 55 b (rotes Holzhaus) mit der Deutschen-Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) und dem TÜV-Nord zwecks Nutzung der Wohnung zur Unterbringung von Asylbewerbern

Die Verwaltung schildert die derzeitige Situation. Aktuell hat die Stadt 78 Asylbewerber zugewiesen bekommen, davon 35 seit Jahresbeginn 2013 (insgesamt 9 Familien), die in städtische Unterkünfte eingewiesen wurden.

Die Quote des Kreises Stormarn erfüllt die Stadt damit aktuell per 02/2014 zu 100 %. Die Hochrechnung des Kreises Stormarn gilt unverändert seit letztem Jahr mit bis zu 92 aufzunehmenden Asylbewerbern bis Ende des Jahres 2014.

Es ist weiterhin eher mit steigenden Asylbewerberzahlen zu rechnen, und damit auch mit weiteren Zuweisungen.

Unter Einbeziehung der beiden Holzhäuser am Reeshoop ist die Verwaltung weiterhin in der Lage die Quote bis Ende des Jahres 2014 zu erfüllen.

Das gelingt auch deswegen, weil die Verweildauer für Familien mit dauerhaftem Bleiberecht in den Unterkünften verkürzt wird, indem diese derzeit vorrangig in Sozialwohnungen vermittelt werden, sofern welche frei sind.

Ziel ist mit dem Haushalt 2015 Mittel für Ersatz- und Neuerrichtung von Unterkünften einzuwerben. Derzeit läuft in der Verwaltung die Suche nach möglichen städtischen Flächen.

Seitens der Verwaltung wurden 3 Varianten zur zukünftigen Unterbringung des DLRG geprüft:

1. eine Containervariante (Büro und Schulungsraum) mit einer Größe von 75 m² und geschätzten Gesamtkosten durch das ZGW von 135.000 €
2. eine kleinere Containervariante ohne Schulungsraum mit geschätzten Gesamtkosten von 65.000 €
3. sofortige Bereitstellung eines Schulungsraumes im Rettungszentrum. Es würden erheblich geringere Kosten für erforderliche Umbaumaßnahmen anfallen.

Unter Anbetracht der Kosten und dem inhaltlich zum Rettungszentrum passenden Aufgabenkreis der DLRG, befürwortet die Verwaltung die 3. Variante und rät an, diese zu bevorzugen. Im Rahmen eines in 2014 zu erstellenden Gesamtkonzeptes für die ehemaligen THW-Räumlichkeiten auf dem Gelände des Rettungszentrums, die seitens der Stadt gekauft wurden und bislang leer stehen, ist eine Überlegung auch, ein Büro für die Geschäftsstelle der DLRG zu schaffen. Übergangsweise sollte es möglich sein, das vorhandene Büro im badlantic mit zu nutzen.

In der anschließender Diskussion kristallisiert sich heraus, dass sich die Ausschussmitglieder und die Verwaltung darüber einig sind, dass die Kündigung der Mietverträge unabdingbar ist. Wohnungen zur Unterbringung von Asylbewerbern sollten geschaffen werden und die benannten Wohnungen so ihrer ursprünglich angedachten Nutzung zugeführt werden.

Um eine Lösung zur Unterbringung der DLGR in jedem Fall zu gewährleisten, wird entschieden eine getrennte Abstimmung vorzunehmen.

Erstens wird über die in der Beschlussvorlage benannte fristgerechte Kündigung, der derzeit von der DLRG genutzten Räumlichkeiten, mit folgendem Ergänzungsantrag abgestimmt:

Ergänzungsantrag:

Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, die eine zeitnahe Unterbringung der DLRG sicherstellt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Des Weiteren erfolgt eine separate Abstimmung zur Kündigung des Mietverhältnisses mit dem TÜV- Nord zum 31.12.2014:

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Die von der Verwaltung zu erarbeitende Beschlussvorlage ist im zuständigen Fachausschuss, dem Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss, zu beraten und zu beschließen.

7. Tätigkeitsbericht 2013 des NetzWERK's Migration & Integration

Die Ausschussvorsitzende erteilt den Sprecherinnen des NetzWERK, Frau Dorothea Schmidt und Frau Katrin Taylor-Voss, das Wort.

Diese schildern die Aufgaben und Anliegen des NetzWERKs, welche in besonderem Maße durch die aktuelle Zuwanderung an EU-Arbeitsmigranten oder auch durch die Flüchtlinge gefordert werden. Die Unterstützung des Spracherwerbs und die schulische Integration der Kinder stehen im Vordergrund der Bemühungen.

Positiv hervorzuheben ist, dass sich viele Personen beim NetzWERK melden und Hilfe und Unterstützung in unterschiedlichen Bereichen anbieten. Um diese Hilfen effektiv nutzen zu können, ist sowohl eine Vermittlung als auch eine Betreuung der Hilfeanbietenden notwendig. Das NetzWERK sucht hierfür nach einer Lösung.

Wünschenswert wäre jedoch auch die Zunahme an Gruppen, die ihre Hilfe anbieten so wie der Kinder- und Jugendbeirat, der Kinder eventuell sprachlich unterstützen möchte.

Frau Schmidt weist auf das Problem hin, dass Kinder aus Migrationsfamilien in besonderem Maße für die bessere sprachliche Förderung darauf angewiesen sind, auch außerhalb der Schule Kontakt mit anderen Kindern zu haben. Die erforderlichen Hortplätze sind jedoch in zu geringem Maße vorhanden, als dass Kinder von nicht berufstätigen Eltern einen berücksichtigt werden können. Selbstverständlich ist die Vergabe der Hortplätze nicht anders möglich, da die Kinder von berufstätigen Eltern in höchstem Maße auf die Hortbetreuung angewiesen sind, jedoch ist dennoch Handlungsbedarf geboten um auch den Bedürfnissen der Migrationskinder gerecht zu werden.

Hierauf weist die Verwaltung auf die DAZ- Zentren (Deutsch als Zielsprache) hin. Diese befinden sich an der Grundschule Am Schloß und an der Gemeinschaftsschule im Schulzentrum Am Heimgarten, in denen die Kinder von Asylbewerbern (ab dem Grundschulalter an) beschult werden und Deutsch lernen.

Weiterhin bietet die Grundschule Am Schloß an 2 Nachmittagen in der Woche je 1 Stunde zusätzlich Deutschförderstunden.

Im Schulzentrum findet folgendes zusätzlich am Nachmittag statt:

- Interkultureller Sprachkreis
- Mathe für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache
- Englisch für fortgeschrittene DAZ-Kinder

Beide Schulen berichten eine gute Zusammenarbeit mit den Kindern.

Die Ausschussmitglieder bitten die Verwaltung bezüglich der Betreuung und Förderung von Migrationskindern um eine Auflistung der Zahlen der betreffenden Kinder.

Hierzu kann die Verwaltung benennen, dass aktuell 39 Kinder betroffen sind, dessen Eltern im Leistungsbezug von Asylbewerberleistungen sind.

0 bis 3 Jahre	=	10 Kinder
4 bis 5 Jahre	=	2 Kinder
6 bis 10 Jahre	=	12 Kinder
11 bis 14 Jahre	=	11 Kinder
15 bis 18 Jahre	=	4 Kinder

Die tatsächliche Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund, welche sich im Bereich Kindertageseinrichtungen auf der Warteliste für einen Betreuungsplatz im Krippen- oder Elementarbereich befinden, ist bislang unbekannt, da bei der Anmeldung der Kinder auch bei eventuell sprachlichen Defiziten im deutsch nicht zwangsläufig davon auszugehen ist, dass es sich um Migrationsfamilien handelt, auch wenn das vielleicht der Fall ist.

Anmerkung der Verwaltung:

1. *Das Einwohnermeldeamt hat einen Auszug aus der Statistik – Staatsangehörigkeiten zur Verfügung gestellt, aus der ersichtlich ist, dass im Einzugsgebiet von Ahrensburg 86 ausländische Kinder im Krippenalter bis zum Ende der Grundschulzeit hier gemeldet sind.*

Die Anlage gibt diese Zahl der Kinder mit der Zuordnung nach ihrer Staatsangehörigkeit wieder.

2. *Wunschgemäß erfolgte des Weiteren eine Abfrage bei den Trägern der Krippen-, Kindergarten- und Horteinrichtungen mit der Bitte, uns die aufgenommenen Kinder mit Migrationshintergrund mitzuteilen.*

Zahlreiche Rückmeldungen sind bereits erfolgt, jedoch kann eine genaue Darstellung erst in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses erfolgen.

8. Kenntnisnahmen

8.1 Landes- und Kreismittel 2013

Eine Auflistung der Landes- und Kreismittel für unsere Kitas liegt dem Protokoll als **Anlage** bei. Erläuterungen folgen hierzu in der Sitzung des Sozialausschusses am 11.03.2014.

8.2 Sachstand Kita Erlenhof

Zurzeit werden die eingereichten Angebote (Gesamtanzahl der eingereichten Angebote = 6) geprüft. Das niedrigste Angebot beläuft sich auf 2,8 Mio. € und das höchste auf 3,16 Mio. €. Seitens der Verwaltung wurde vormalig auch 2,8 Mio. € eingeplant. In der 8. KW erfolgt die Auftragsvergabe. Der Baustart sollte somit wie geplant beginnen können.

8.3 Bedarf für Betreuung an weiterführenden Schulen - Elternumfrage

Eine entsprechende Beschlussvorlage wird den Ausschussmitgliedern in der im April 2014 stattfindenden Sitzung vorgestellt. Als **Anlage** findet sich ein Schreiben des Jugendamtes zu dieser Thematik.

9. Verschiedenes

9.1 Nutzung der weißen Häuser im Reeshoop

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich nach der Nutzung und Belegung der weißen Häuser im Reeshoop. Hierauf erklärt die Verwaltung, dass es sich hier um Notunterkünfte handelt, welche nur für den Übergang gedacht sind, bis sich eine neue Wohnungssituation eröffnet, was zum Teil aber nicht der Fall ist, da der Wohnungsmarkt sich recht angespannt darstellt. Zum jetzigen Zeitpunkt schätzt die Verwaltung eine 80%ige Belegung. Das 20 % Leerstand gegeben sind, ist als positiv zu betrachten, da es sich tatsächlich um Notunterkünfte handelt – eine letzte Möglichkeit zur Unterbringung von räumungs-

beklagten Personen.

Insgesamt befinden sich zurzeit 114 Personen in derartigen Notunterkünften in Ahrensburg.

9.2 Anzahl der Sozialwohnungen in Ahrensburg

Die gewünschte Darstellung eines Ausschussmitgliedes über die Anzahl von Sozialwohnungen, worauf die Stadt in Ahrensburg zugriff hat, liegt als **Anlage** diesem Protokoll bei.

9.3 Situation der Krippenplatzanzahl Akzeptanz der Bürger

Von einem Ausschussmitglied wird die Frage an die Verwaltung gerichtet, ob die Anzahl der Krippenplätze und die momentane Situation der langen Warteliste zu vermehrten Klagen führen?

Die Verwaltung verneint dieses. Es liegt keine Klage vor.

9.4 Übermäßige Salzstreuung Grundschule Am Reesenbüttel

Ein Ausschussmitglied weist auf die übermäßige Streuung von Salz im Bereich der Grundschule Am Reesenbüttel hin.

Die Verwaltung gibt dies entsprechend an das ZGW zur weiteren Veranlassung weiter.

9.5 Nächster Sitzungstermin

Die nächste Sitzung des Sozialausschusses findet am 11.03.2014 im Bruno-Bröker-Haus statt. Es wird darum gebeten zu beachten, dass die Möglichkeit zur Nutzung von Wireless LAN (WLAN) dort nicht gegeben ist.

gez. Doris Brandt
Vorsitzende

gez. Jane Jobst
Protokollführerin